



Trumps Woche

Als am vergangenen Wochenende drei Männer einen Anschlag in London verübten, reagierte Donald Trump sofort auf Twitter. Er drückte als Erstes nicht sein Mitgefühl aus, sondern retweetete eine unbestätigte Nachricht des rechten Portals Drudge Report, dann schrieb er: „Wir müssen schlau, wachsam und stark sein. Die Gerichte müssen uns unsere Rechte zurückgeben. Wir brauchen das Reiseverbot als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme!“ Er nutzte den Anschlag, um das von Gerichten gestoppte Einreiseverbot für Bürger mehrheitlich muslimischer Staaten zu bewerben. Als Nächstes attackierte er den muslimischen Bürgermeister von London, Sadiq Khan. Dieser habe gesagt, es gebe trotz der Toten „keinen Grund, alarmiert zu sein“. Das stimmte aber nicht. Der Bürgermeister hatte gesagt, die Londoner sollten nicht alarmiert sein, wenn sie in den nächsten Tagen vermehrt bewaffnete Polizisten sähen. Doch Trump setzte eins drauf – und beklagte, sein Justizministerium habe eine „verwässerte Version“ seines Einreiseverbots erlassen. Die hatte er allerdings selbst unterschrieben. Am Dienstag kündigte er auf Twitter einem Verbündeten der USA die Freundschaft auf: Er beschuldigte Katar, für Extremismus verantwortlich zu sein. Das hätten ihm die Saudis bei seinem Besuch gesagt. Es ist unklar, ob er zum Zeitpunkt seines Tweets wusste, dass die USA dort über eine bedeutende Militärbasis verfügen. Am Donnerstag sagte dann Ex-FBI-Direktor James Comey vor dem Untersuchungsausschuss des Senats aus. Zumindest während der Aussage ließ Trump das Twittern sein.

Marokko

Aufstand der Berber

Auch nach der Verhaftung ihres Anführers protestieren die Menschen in der nordmarokkanischen Stadt Houceima weiter. Nach dem Tod eines Fischverkäufers hatte Nasser Zafzafi sieben Monate lang friedliche Demonstrationen organisiert, um soziale Verbesserungen für die Berberregion des Rif-Gebirges zu erreichen. Die ethnische Gruppe wird seit der Unabhängigkeit 1956 von der arabischstämmigen Zentrale benachteiligt, war unter König Hassan II. brutal verfolgt worden. Erst dessen Sohn Mohammed VI., der 1999 den Thron bestieg, versuchte, die Rif-Bewohner zu versöhnen. So weihte er 2008 ein Krankenhaus ein, in dem die vielen Krebsfälle der Region behandelt werden sollen – doch es ist technisch nicht auf neuestem Stand. Nun fordern die Menschen ein Hospital, Schulen und Ausbildungsplätze, eine Universität und Verkehrsanbindung an Casablanca und Rabat. Anführer Zafzafi wurde verhaftet, nachdem er beim Freitagsgebet dem

Imam öffentlich widersprochen hatte, der seiner Volksbewegung unterstellt hatte, sie wolle das Land spalten. Der Generalstaatsanwalt behält ihn und weitere Demonstranten in Untersuchungshaft. Der Vorwurf: Gefährdung der nationalen Sicherheit. In Houceima ziehen jedoch weiterhin Hunderte auf die Straßen. Die Opposition gegen die Sechsparteienkoalition unter Führung der gemäßigten Islamisten fordert Zafzafis Freilassung. Selbst Ministerpräsident Saad Eddine El Othmani hält die sozialen Anliegen für „legitim“ und ließ im Parlament ein Förderprogramm verkünden. Am Sonntag soll es Solidaritätsbekundungen in der Hauptstadt geben. hzu



Protestierende in Houceima

Indien

Medien im Visier

Journalisten verspüren unter der Regierung von Premierminister Narendra Modi zunehmend Druck, im Sinne der Mächtigen zu berichten. Besonders der regierungskritische TV-Sender NDTV steht im Visier der Behörden. Das staatliche Central Bureau of Investigation wirft den Gründern nun vor, sich mit Bankgeschäften einen Vorteil von umgerechnet 6,6 Millionen Euro verschafft zu haben.

Die indische Bundespolizei hat Wohnungen und Büros der Chefs durchsucht. Der Sender weist die Vorwürfe – die gut sieben Jahre alt sind – von sich und spricht von „Hexenjagd“. Im aktuellen Bericht von Reporter ohne Grenzen zur weltweiten Lage der Pressefreiheit rutschte Indien zuletzt drei Plätze ab, auf Platz 136 von 180. Journalisten werden im Internet beschimpft, Journalistinnen wird mit Vergewaltigungen gedroht, bekannten Reportern mit Anzeigen wegen

Volksverhetzung. Modi gibt kritischen Medien wie NDTV keine Interviews. Viele Konkurrenzsender stehen unter dem Einfluss reicher Industrieller, die Anteile an den Medienhäusern besitzen und Modi nahestehen. Die Regierung fühlt sich dort selten genötigt einzugreifen. Gegen NDTV ging sie bereits im vergangenen November vor: Der Sender sollte zur Strafe für einen Tag abgeschaltet werden – weil er angeblich als sensibel eingestufte Informationen veröffentlicht hat. lh



Wahl in Großbritannien Das Resultat war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Die Redaktion informiert ihre Leser auf SPIEGEL ONLINE und SPIEGEL DAILY. Einen Text zum Ausgang der Wahl finden Sie auch im digitalen SPIEGEL unter dem QR-Code links.